

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiungsbüch. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. November 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 138

### Neubestellungen

auf den „Korr.“ sind zu jedem Monatsersten zulässig + nur Postbezug + trotz Erhöhung des Jahresabonnementspreises von 22 Pf. monatlich, 44 Pf. zweimonatlich, 65 Pf. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt

### Reichstarif für die im Schriftgießereigewerbe Beschäftigten

Nun ist auch in dem letzten Zweig unsres nicht gar großen, aber dennoch nicht so einfach gestellten Gewerbes die zentrale Regelung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsverhältnisses überhaupt erfolgt. In Nr. 130 konnten wir kurz davon Mitteilung machen, und im nachfolgenden wird von der Zentralkommission der Schriftgießer ein zusammenfassender Bericht gegeben vom Gang und Ergebnisse der in Berlin dreizehn Tage lang gepflogenen Verhandlungen. Wir möchten zunächst den Schriftgießerkollegen zum Selbigen der Vereinbeitragsnehmer ihrer Tarife unsern Glückwunsch aussprechen. Reiflos war es zwar noch nicht möglich; die im Metallarbeiterverband organisierten Leipziger Messinglinienarbeiter haben ein noch laufendes Spezialabkommen, und die Akkordisten für die Schriftschneider und Graveure konnten infolge der die Verhandlungen abschneidenden Verkehrssperre noch nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es handelt sich jedoch hierbei nur um kleine Gruppen, deren Einzeilung in den allgemeinen Tarif außer Frage steht. Zu diesem haben, wie aus dem Verammlungsstelle dieser Nummer hervorgeht, die großen Bleistädte Berlin und Leipzig bereits Stellung genommen; das im Tarif auf fortkommende Leipzig in beständigem Sinne, das bisher besterstellte Berlin nicht so ungetrübt, aber in Anbetracht der für die Schriftgießergemeinschaft erreichlichen Fortschritte sich beschelend. Dieses Vorantstellen des Allgemeininteresses, das in der großen Buchdrucker-Gemeinde leider nicht mehr von der alten Selbstverständlichkeit ist, kann nur anerkannt werden; das nächst Berlin günstig gestellte Hamburg wird es hoffentlich ebenso halten.

Bisher bestanden Lokaltarife in Berlin, womit Dresden konform ging, dann in Leipzig, Frankfurt-Offenbach a. M., Stuttgart, Hamburg-Altona und München. In den kleineren Bleistädten wird meistens im gewissen Grade gearbeitet, zum Teil auch nach dem Buchdrucker-Tarif. Das ist vereinzelt sogar in den Hauptorten anzutreffen, und zwar in den Hausgeheren. Das Berechnen ist bei den Schriftgießern überragend; etwa 90 Proz. berechnen, 10 Proz. arbeiten im gewissen Grade. Auf der Frankfurter Konferenz zu Pfingsten d. J. war von Leipzig, Stuttgart und Hamburg aus Stimmung für das gewisse Geld vorhanden wegen der durch die Ersatzstoffe entstandenen technischen Schwierigkeiten; Berlin, Frankfurt und Offenbach waren dagegen, und man kam auch wieder davon ab. In dem nun zustande gekommenen Reichstarif ist durch die Festsetzung eines Garantelohns für gelernte, angeleitete, ungelernete Akkordarbeiter sowie Akkordarbeiterinnen einer Schädigung der Berechner vorgebeugt worden.

Der uns vorliegende, noch unvollständige Reichstarif weist ein kompliziertes Gefüge auf, wie man es bei einem so kleinen Gewerbezweige gar nicht erwarten sollte. Da er sich aber auf weitausgehendem Berechnen aufbaut, so ist das zu verstehen. Andererseits ist die Zusammenfassung des Schriftgießergewerbes nicht so einfach; es sind folgende Arbeitergruppen eingeschlossen: Schriftgießer, Schriftschneider, Graveure, Matrizenbohrer, Zureicher, Schloffer, Dreher (soweit in Schriftgießereien und Messinglinienfabriken solche beschäftigt), Messinglinienarbeiter, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Linotypematrizenherstellung, angeleitete und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrlinge. Das Ganze stellt aber unbestreitbar einen großen Fortschritt auf dem Wege der Vereinbeitragsbildung dar. Die Prinzipale sind aus Konkurrenzgründen der Schaffung des Reichstarifs gewogen gewesen und hatten auf ihrer vorher-

gehenden Tagung in Eisenach der Verständigung mit der Gehilfenschaft vorgearbeitet. Die Verhandlungen standen in Anbetracht des beiderseitig vorhandenen guten Willens unter einem für einen befriedigenden Abschluß günstigen Zeichen.

Wir haben bekanntlich seit Jahren entschieden der Zentralisierung der Schriftgießertarife das Wort geredet. Aus praktischen und aus prinzipiellen Gründen. Es war für uns eine Anomalie, bei der schon seit dem Jahre 1873 bestehenden Reichstarkgemeinschaft der Buchdrucker die Schriftgießer immer noch unter Lokaltarifen zu leben. Diese haben denn auch Ungleichheiten im Gefolge gehabt, die namentlich für die Leipziger Schriftgießerkollegen von Nachteil waren, wo man mit den Prinzipalen immer den schwererigen Stand hatte. Es ist denn auch nicht zu verwundern gewesen, daß hauptsächlich die Leipziger zum Reichstarif drängten. Auf dem Kongreß 1913 in Hamburg war das der Fall. Im Juni 1919 auf der Reichskonferenz in Frankfurt siegte der Gedanke der Zentralisierung dann ohne weiteres.

Der Weg zum Reichstarif führt aber schon bis 1889 zurück. Damals wurde in Frankfurt a. M. der erste Schriftgießerkongreß abgehalten, für den die Kollegen Miram und Werletrengel fast ein halbes Jahr lang mühevollste Vorarbeit geleistet hatten, um nur die Schriftgießer zusammenzubringen, die zu jener Zeit in Berlin und Leipzig noch loszulagen in zwei Richtungen marschierten. Der Normaltarif beschäftigte den Frankfurter Kongreß wohl neun Tage lang. Berlin setzte sich 1890 dann dafür ein, ohne jedoch durchzukommen. Danach kam die Angelegenheit für lange, lange Zeit zum Ruhen, und der Lokaltarif wurde das zum Teil mit Entschiedenheit verfolgte System. Das ist nun überwunden. Man hat sich einmütig, hüben und drüben, zum Reichstarif bekennt!

Ein andres erfreuliches Moment ist die außerordentlich günstige Konjunktur im Schriftgießergewerbe. Wir gestehen offen, daß wir gerade für diesen Gewerbezweig die größten Befürchtungen hatten. Aber wie in normaler Zeit der Export an deutschen Schriftgießereierzeugnissen über zwei Fünftel der Gesamtproduktion ausmachte, so wird jetzt schon wieder stark für das Ausland gearbeitet; neben den nördlichen Ländern ist die Ausfuhr auch nach Italien flott im Gange. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit war deshalb schon durch den tatsächlichen Mangel an gelerntem Arbeitskräfte nicht möglich.

Unsre Verbandsstellung hat das Zustandekommen des Reichstarifs materiell und ideell gefördert; die Schriftgießerkollegen sind auf diese Weise der Buchdruckerkollegen gleich behandelt worden.

Durch die stetige Konzentration des Kapitals im Schriftgießergewerbe wurden die örtlichen Tarifabmachungen stark beeinträchtigt. Aus diesem Grunde wurde der schon längst gegebene Wunsch, einen Reichstarif zu schaffen, in sichbare Nähe gerückt. Die Zentralkommission nahm dazu Stellung und so fand vom 8. bis 10. Juni in Frankfurt a. M. eine Konferenz der Vertreter der Schriftgießer Deutschlands statt. Diese befaßte sich ausschließlich mit der Einführung einer Reichslohnordnung für alle im Gewerbe beschäftigten Personen. Es wurde dort der einstimmige Beschluß angenommen, dieselbe zum 1. Oktober d. J. zur Einführung zu bringen. Die Zentralkommission wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Infolgedessen wurde Ende Juni die Prinzipalstellung von den gelassenen Beschäftigten unterrichtet, damit auch sie rechtzeitig dazu Stellung nehmen konnten. Anfang August erließen wir die Mitteilung, daß die Ende September stattfindende Hauptversammlung der Prinzipalität dazu Stellung nehmen werde. Wir wandten uns daraufhin nochmals an den Vorständen mit dem Bemerkten, daß die Zeit reichlich spät bemessen sei und im Interesse der gewerblichen Ordnung die Verhandlungen möglichst im Laufe des Septembers stattfinden zu lassen. Gleichzeitig ersuchten wir, uns zu befähigen, daß der Tarif rückwirkend vom 1. Oktober sein sollte.

Wir erhielten darauf den Bescheid, daß die Hauptversammlung, wie bereits mitgeteilt, Ende September stattfinden und wir uns bis dahin gebüden sollten.

Durch die hierdurch eingetretene Verzögerung der Verhandlungen war es nicht möglich, den Tarif zum 1. Oktober zur Einführung zu bringen. Es trat eine starke Beunruhigung in der Gehilfenschaft ein.

Anfang Oktober erhielten wir den Bescheid, daß die Prinzipalität bereit sei, in Verhandlungen einzutreten. Es wurde der Beginn derselben auf Dienstag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Reichshaus“ zu Berlin festgesetzt.

Nach dreizehntägiger Verhandlungsdauer, bis in die späten Abendstunden ausdehnend, kam man zu dem nachfolgend näher zu schildernden Ergebnis.

Als Teilnehmer an den Beratungen waren als Vertreter der Prinzipalität erschienen: Für Berlin: der Vorsitzende des Kreisvereins I. Dr. Solles sowie Direktor Braumann und die Herren W. Borchardt, Feig und Eberfeld, als juristischer Beirat Dr. Stroh; Frankfurt a. M.: Direktor Stempel sowie die Herren Blum und Ludwig; Hamburg: Direktor Gensh; Leipzig: Herr Gottfried Böllcher; Stuttgart: Herr Hofschied. Als Vertreter der Zentralkommission der Schriftgießer: S. Glackmann und G. Fürtig. Als Vertreter der Gehilfen: für Berlin: E. Schneider und E. Schoder; Frankfurt a. M.: E. Morris, Lange, Ochs; Hamburg: Hansmann, Stunert; Leipzig: G. Naumann, Kriedel; Offenbach: Schädel; Dresden: Grilcher; Stuttgart: Billig. Als Vertreter der Zentralkommission der Graveure: Minzberg. Den Vorsitz übernahmen prinzipalseitig Herr Dr. Solles, gehilfenseitig S. Glackmann.

Eingangs der Verhandlungen führte der Vorsitzende Dr. Solles folgendes aus: Nach langen Auseinandersetzungen in der Volksversammlung hat sich die Prinzipalität bereit erklärt, dem Antrag der Gehilfenschaft auf Einführung einer Reichslohnordnung stattzugeben, trotzdem beabsichtigt war, zunächst nur die allgemeinen Bestimmungen zu beraten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen beiderseits ein zufriedenstellendes Resultat zeitigen mögen.

Selbst der Gehilfenschaft wurde folgendes ausgeführt: Den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, hat sich die Gehilfenschaft entschlossen, Ihnen eine Reichslohnordnung zur Annahme zu unterbreiten, welche alle im Berufe beschäftigten Personen in sich faßt, um dadurch eine Beunruhigung des Gewerbes durch Lohnforderungen der einzelnen Berufe zu vermeiden und eine gleichere Kalkulation für die Erzeugnisse zu gewährleisten. Die Messingarbeiter sind dabei nicht inbegriffen, weil die örtlichen Tarifabschlüsse nicht einheitlich sind. Aus diesem Grunde werden dieselben erst geregelt, um sie später der Reichslohnordnung anzuschließen. Die von uns gestellten Forderungen sind derartig bemessen, daß sie nur das Mindestmaß des Existenzminimums bedeuten. Wenn wir den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen wollten, um unsern Verpflichtungen nach allen Seiten voll zu genügen, würde ein Lohn von 500 Mk. nicht zu hoch bemessen sein. Da wir jedoch wissen, daß der Beruf eine derartige Belastung nicht zuläßt, stellt die eingereichten Lohnforderung das Mindestmaß unserer Forderung dar.

Nach nunmehrigen Eintritt in die Tagesordnung wurde zu Punkt I die Frage aufgeworfen: Wer sind die Träger der Vereinbarungen? Nach langen Auseinandersetzungen einigte man sich dahin: Seitens der Prinzipalität der Verein Deutscher Schriftgießereien, E. V., in Leipzig; seitens der Gehilfenschaft die Vereine der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Offenbach a. M., Hamburg, Leipzig, Stuttgart, vertreten durch die Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Zu Punkt II wurde die Frage erörtert, ob die Vertreter der Gehilfenschaft berechtigt sind, die Vereinbarungen als bindend zu erklären. Von Seiten der Gehilfenschaft wurde diese Frage verneint mit der Erklärung, daß nach unsern bisherigen demokratischen Grundrissen der Gesamtheit das Mitbestimmungsrecht zusteht, und daß wir keine Veranlassung haben, von unsern Grundrissen abzugehen. Wir glauben, daß dieses Verfahren eine größere Gewähr für die Einhaltung der Abmachungen bietet. Nach diesen Ausführungen erklärte sich die Prinzipalität damit einverstanden.

Punkt III: Der Antrag auf 46stündige Arbeitszeit wurde abgelehnt mit folgender Begründung: Bei der außerordentlich guten Konjunktur im Gewerbe und dem bestehenden Mangel an gelerntem Arbeitskräfte, hervorgerufen durch den Verlust im Kriegs- sowie der geringen Ausbildung von Lehrlingen während der Kriegsjahre, würde eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Schädigung

des Gewerbes bedeuten, da die Firmen nicht in der Lage sind, die Aufträge annähernd ausführen zu können, und speziell die Auslandsaufträge dadurch in Frage gestellt werden.

**Punkt IV:** In der Ferienfrage wurde die Vereinbarung getroffen: nach einjähriger ununterbrochener Beschäftigung bei einer Firma 3 Tage, nach zwei Jahren: 4, drei: 5, vier: 6, fünf: 7, sechs: 8, sieben bis neun: 9, zehn bis zwölf: 10, dreizehn und mehr Jahren: 12 Tage. Die näheren Bestimmungen sind aus dem § 9 der Lohnordnung ersichtlich.

**Punkt V:** Der Antrag auf geforderten Grundlohn für Akkordarbeiter gab zu heftigen Auseinandersetzungen Veranlassung, da die Prinzipale diesem Antrage nicht stattgeben wollten. Die Vertreter der Gehilfenchaft stellten sich jedoch dann auf den Standpunkt, daß durch diese Ablehnung die weitere Beratung des Akkordtarifs illusorisch wäre, da unterseits dann der Zeitlohn gefordert werden müßte. Die Prinzipale zogen sich darauf zu einer Sonderberatung zurück. Man kam hiernach zu nachstehender Verständigung: für gelernte Akkordarbeiter bis 21 Jahre 110 M., bis 25 Jahre 120 M., über 25 Jahre 130 M. Die Akkordlöhne haben im allgemeinen eine Erhöhung von etwa 20 Proz. erfahren, außer Berlin und Hamburg infolge ihrer bereits bestehenden besseren Verhältnisse. Für Hamburg wurde wegen dort vorhandener abwechselnder technischer Einrichtungen gegenüber den andern Gleisstädten vereinbart, daß eine lokale Verständigung Platz greifen soll, damit auch dort dieselben Erhöhungen in Erleichterung treten. Der Mindestlohn ist für dauernd im gewissen Maße beschäftigte nach fünf Gruppen festgesetzt (wie aus den entsprechenden Tabellen zu ersehen), worauf ein Zuschlag von 125 Proz. und außerdem ein Lokalszuschlag für Berlin und Hamburg von 25 Proz., für die andern Gleisstädte von 20 Proz. gesetzt ist. Für Überstunden werden gezahlt: die erste Stunde 30 Proz. Zuschlag, die zweite Stunde 40 Proz. Diese festgelegten Löhne bedeuten das Minimum. Es wurde uns aber von Seiten der Prinzipale zugesichert, in der weitgehenden Weise Erhöhungen eintreten zu lassen, was auch in Berlin schon erfolgt ist, da Zuschläge von 15 bis 25 Proz. gewährt werden. Die erfolgten Zuschläge werden rückwirkend vom 1. Oktober nachgezahlt. Für die Akkordarbeiter wurde vereinbart, daß der Verlust an Arbeitsverdienst nach den neuen Abmachungen vom 1. Oktober bis 31. Dezember in folgender Höhe vergütet wird: bis 21 Jahre 200 M., von 21 bis 25 Jahre 300 M., über 25 Jahre 400 M.

**Punkt VI:** Aber das Schlichtungsverfahren wurde bestimmt, daß in Streitfällen weder Entlassung noch Arbeitsverweigerung stattfinden darf, ohne daß die Angelegenheit den tarifmäßigen Instanzen unterbreitet wird. Das Schlichtungsverfahren wird noch in einem besonderen Antrage zum Tarif geregelt werden.

**Punkt VII:** Dem zu errichtenden Tarifamt, für das ebenfalls noch nähere Bestimmungen getroffen werden, obliegt auch das Schlichtungsverfahren in letzter Instanz. Der Tarif gilt vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1921. Die Abänderung der Feuerungsanschläge kann zum 1. April und 1. Oktober jeden Jahres während der Vertragsdauer mit sechswochenlicher Frist beim Tarifamt beantragt werden. Am Schluß der Verhandlungen sprachen der Vorsitzende Dr. Jolles und Direktor Stempel den Gehilfenvertretern ihre Anerkennung über die sachliche und objektive Mitarbeit aus. Von Seiten der Gehilfenvertreter wurden dem Vorsitzenden Herrn Dr. Jolles besonders sowie der Prinzipalität im allgemeinen für die wirksame Mitarbeit zum Besten der Reichslohnordnung Anerkennung ausgesprochen.

Durch die langen Verhandlungen haben wir uns überzeugt, daß die Prinzipalität bemüht gewesen ist, soweit es die gewerblichen Interessen gestatten, den Anträgen der Gehilfenchaft Rechnung zu tragen.

Weiter war es nicht möglich, den Tarif der Graveure und Messinglinienarbeiter zu beraten, da die Verkehrssperre zum Abbruch der Verhandlungen zwang. Diefelben werden zunächst örtlich geregelt und sodann durch die Zentralkommission zum endgültigen Abschluß gebracht.

S. Flachmann,

Vorsitzender der Zentralkommission der Schriftgießer.

## Keine Spartentariere — Einheitsliche Lohnpolitik!

Als aufmerksamer Leser des „Korr.“ kann ich es nicht länger mit ansehen, wie von eifrigen Kollegen die Lösung der materiellen Frage gedacht wird.

Die Not der deutschen Arbeiterchaft, insbesondere die der Buchdrucker, ist uns innerlichste geflossen. Darüber besteht bei keinem Kollegen, und wenn er noch so hoch über Minimum entlohn wird, ein Zweifel. Nur darüber sind sich sehr viele Kollegen nicht klar, wie die Not zu beseitigen ist, d. h. wie unsere Lohnfrage in Zukunft geregelt werden soll.

In erster Linie kommt für uns der gewerkschaftliche Standpunkt in Betracht. Mit der in letzter Zeit von gewissen Druckerkollegen vertretenen Ansicht muß gründlich aufgeräumt werden. Überlegen Sie diese Kollegen gar nicht, daß sie mit ihren „aufgemalten“ Vorschlägen immer mehr die gewerkschaftliche Einheitslichkeit lockern. Hauptfalschheit der Artikel „Druckerfragen“ in Nr. 129 des „Korr.“ geht darauf hinaus: Wenn lieber Kollege... 1, auf diese Art und Weise soll man keine Lohnfragen! Zu was für Konsequenzen soll diese ganze Aufmachung führen? Wenn die Druckerkollegen angeben, sie müssen ein höheres Minimum oder sogar vier besser eine besondere Entschädigung haben, weil sie mehr Arbeitskleider verbrauchen als wir andern Berufsgenossen, so trifft dies nur bis zu einem

gewissen Grade zu. Benötigen der Meßre oder die besitzenden Eheber, die mitunter tagelang Maschinenreparaturen machen müssen in den großen Maschinen, nicht ebensoviele Kleidung? Besuchen und gereichen diese Kollegen ihre Berufskleidung nicht ebenso? Kein Druckerkollege kann befreiten, daß dies nicht der Fall sei. Auch durch das viele Büdnen bei Interaten- und Maßbendesehern wird die arme Eheberde arg mitgenommen. Aber mir erscheinen diese Gründe nicht allschuldig genug, um für Irgebeine Sparre innerhalb unsres Berufs eine besondere Entschädigung zu rechtfertigen. Nach dem Inhalte der Druckerartikel könnte man den Faden noch weiter spinnen und folgende besondere Entschädigungen nur innerhalb des Handeherberufs schaffen: für Meßreure, für erste und zweite Interatenseher, für erste und zweite Maßbendeseher, für Tabellenseher, für Notenseher usw. Diese angeführten Beispiele erscheinen inkonsequent, sind aber eine Konsequenz des von jenen Druckerkollegen vertretenen Standpunktes. Und hätten die viel angelegenden und geplogten Korrekturen nicht auch ein Recht, eine besondere Entschädigung zu verlangen? Von der tarifmäßigen Ungerechtheit für die berechnenden Handeher ganz zu schweigen. Wenn verschiedene Kollegen von der Maschine immer auf das erhöhte Maschinenseherminimum hinweisen, so erscheint mir das höchst unkollegial und ungeschickt. Dieser Vergleich hinkt. Wenn irgendein Kollege eine Abnung von der intensiven, nervenerrittenden Tätigkeit der Maschinenseher hat, dann wird er untern Tippholzen diese Mehrrentschädigung gönnen. Daß die Schriftgießer nun einen besonderen Tarif haben, muß man anstandslos der ganz anders gearteten Verhältnisse gellen lassen.

Also, liebe Druckerkollegen, so kommen wir zu helmem Ziel, das alle Schaffenden in unserm Beruf bezieht. Und dann noch eins: Haben sich diese Kollegen einmal überlegt, wie sich durch derartige Extrarentschädigungen unsre sowieso immer schwieriger werdenden Tarifverhandlungen abspielen werden? Macht doch den Tarif nicht noch verzwickter, als er ohnehin schon ist!

Nun komme ich zu dem eigentlichen Gedanken, der meiner Ansicht nach der richtige ist. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse und das ganze Wirtschaftssystem nicht geändert sind bzw. werden, müssen und können wir bei den immer noch steigenden Preisen der Lebensmittel und aller andern Bedarfsgegenstände einen Ausgleich nur in einer Erhöhung unsres Lohnes suchen. In dieser Hinsicht stimme ich mit jedem Kollegen überein. Nur über das „Wie“ der Verbesserung unsres Lohnes geben die Ansichten auseinander. Lassen wir doch den Einzelgöismus verschiedener Kollegen beiseite. Menschlich verständlich ist es, wenn jedes Individuum in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung danach strebt, soweit wie möglich für seine Person (lies hier: Sparre) an Lohn herauszubohlen. Es trägt aber nicht zur Gelandung des Berufs bei, lieber Kollege Lohn, wenn eine Anzahl von Druckerkollegen für sich ein Extrawirtschaften gebrauchen haben will. Nur mit einer gleichmäßigen Verbesserung unsrer Löhne für alle Berufskollegen, die so hoch bemessen sein muß, daß der kräftige Unterschied in Einnahme und Ausgabe einigermaßen ausgeglichen wird, kann Befriedigung geschaffen werden! Weg mit den Feuerungsanschlägen bei der nächsten Tarifrevision, her mit einem Grundlohn, der sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anpaßt!

Als real denkender Mensch bin ich mir bewußt, daß eine weitere Erhöhung des Lohnes um einen Betrag, der für jedwede Verteuerung einen vollständigen Ausgleich bringen würde, nicht stattfinden kann und nicht stattfinden wird. Bessern Sie sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht, so muß eine gleichmäßige und bedeutende Erhöhung unsres Lohnes trotzdem stattfinden, um dadurch die Kirchturnslohnpolitik in gewissen Kollegenkreisen einzubäumen, die unsrer Gesamtorganisation nur Schaden zufügt; ich denke dabei auch an die wilden Bewegungen, die immer wieder vorkommen.

Das Vorhergelegte gilt vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus. Volkswirtschaftlich die ganze Lohnfrage betrachtet, malt sie sich in den düstersten Farben. Durch die fortgesetzten Feuerungsanschläge, die Entschuldigsummen usw. wurde das Chaos in der Lohnpolitik nur noch größer. Der überwiegende Teil der Arbeiterchaft, darunter auch wir Buchdrucker, muß trotz des minimalen Lohnes dazu mit beitragen, in Gestalt von erhöhten direkten und indirekten Steuern den Staatsbeamten und Staatsarbeitern, in vielen Städten auch den städtischen Arbeitern, eine ansehnliche Entschuldigsumme zu verschaffen. So will diesen Leuten die Beihilfe nicht mißgönnen, nur festzuhalten will ich, in was für traurige finanzpolitische Verhältnisse wir durch den Krieg geraten sind. Die verschiedenartige Lohn- und Entschuldigsummpolitik ist es, die die Massen in das radikale Fahrwasser treibt! Es ist immer noch wie im alten Staat, daß die schwächsten Schultern am stärksten belastet werden. So kann es auf keinen Fall mehr weitergehen. Der Besch muß noch mehr herangezogen werden.

Es ist deshalb die Frage aufzuwerfen, wie und wer kann uns aus diesem Finanzchaos herausführen, d. h. wie kann unsre Valutafrage gelöst werden? Der Artikel „Die allgemeine wirtschaftliche Lage“ in Nr. 123 des „Korr.“ schildert in treffender Weise das ganze verfahrenswirtschaftliche System und macht auch Vorschläge, wie wir eventuell aus dem Elend herauskommen können.

Die Lohnfrage für die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands einerseits und die Wirtschaftspolitik unsres Reiches andererseits sind die brennendsten Zukunftsfragen. Entweder greift das Reichswirtschaftsministerium ein und beginnt mit dem Abbau der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise, oder die Arbeiterchaft als Stütze des Staates wird in namenloses Elend gestürzt. Die Regierung muß in erster Linie zu verhindern suchen, daß unsre Industriellen

ihre Erzeugnisse wieder zu Schandenpressen an das Ausland verkaufen nur zu dem Zweck, um den Weltmarkt so bald wie möglich wieder zu erobern. Trifft in dem Warenverhaufe nach dem Ausland eine Anberung, wie eben geschildert, ein, so wird unsre Valuta sich in einer aufsteigenden Linie bewegen und damit auch die Lage des Profiteurials.

Nicht durch fortgesetzte Feuerungsanschläge und Entschuldigsummen wird eine stabilere Lage im Wirtschaftsleben geschaffen, sondern nur durch allmählichen Abbau der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie durch angemessene Verkaufspreise für unsre Industrieerzeugnisse an das Ausland. Die Arbeiterchaft hat die verkehrte Wirtschaftspolitik zum größten Teil erkannt, die Regierung ansehend aber nicht.

Beispielen wir also entschlossen den mammonistischen Geist der Unternehmer, und treten wir auch auf gegen Bestrebungen in der Arbeiterchaft und im eignen Streie, die letzten Endes das Wohl der Allgemeinheit und das einheitliche Vorwärtsstreben auf materiellem Gebiet aus dem Auge lassen. Selen wir tätig für den Sozialismus, der uns eine bessere Wirtschaftsordnung bringen muß, welches hohe Ziel uns aufrichtig durch die ungeheuer schwere Zeitgeist führen soll.

Genä.

Emil Berger.

## Höherenlohnung für die Rotationsdrucker

Nach etwa neunmonatiger Unterbrechung ist es uns im befehlten Geleite wieder vergönnt, den „Korr.“ zu erhalten. Ich kann mich daher erst jetzt zu der Rotationsfrage äußern.

Verdiene in normaler Zeit ein Rotationsler ungefähr 8 bis 10 M. über Minimum, so war er imstande, seinen Mehraufwand an Berufskleidung selbst zu decken, was heute nicht im entferntesten mehr möglich ist. Würde in normalen Zeiten schon von der Berufsgenossenschaft angestrebende Kleidung und gutes Schuhwerk vorgeschrieben, was zwecks Unfallverhütung anzuempfehlen ist, so sind unsre Spezialkollegen jetzt dazu abfolnt nicht in der Lage, was aber in Anbetracht ihrer gefährlichen Tätigkeit sehr bedenklich ist.

Der Rotationsler hat indes gegenwärtig auch mit Arbeitschwierigkeiten zu rechnen, um die ihn kein Berufskollege zu beneiden braucht. Es sei die heutige Beschaffenheit von Papier, Farbe, Waschmitteln, Fußluchern, Maschinenband, Walzen, Bezugmaterial für die Druckzylinder, Stereotypematerial usw. erwähnt. War in früheren Zeiten das Arbeiten an durchweg kleineren Maschinen ein Vergnügen, so ist es heute an den großen Kolossen eine Qual. Hinzu kommt noch der wohl überall mehr oder weniger umschlingende Wechsel im Stillpersonal. Eine besondere Entschädigung ist also für uns vollauf gerechtfertigt.

W. Glabach.

Otto Wille.

Anmerkung der Redaktion: Der vorstehende Artikel ist fast durchweg eine Wiederholung vorweggegangener; nur die Berufung auf die lange Sperre für den „Korr.“ läßt uns eine Ausnahme mit seiner Ausnahme machen, denn für gleiche Behandlungen einer Frage können wir keinen Raum mehr erübrigen.

## Zur Tarifausschussung

### Uns Verammlungen:

Schnellste Einberufung usw. verlangen: Kaffersautern. — Wittenberg (für Resolution Drehterschaeffer). — Bremen (mindestens 150 M. Wochenlohn, rückwirkend vom 1. November an; einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. und 50 M. für jedes Kind; Feuerungsanschläge für Lehrlinge.) — Danzig (gesteuerte Lohnverhöhung, rückwirkend vom 1. Oktober ab; Wirtschaftsbeihilfe). — Mainz (Steigerung des Lohnes Einkommens entsprechend der unerbörten Verteuerung; in der zwischen befestigt und unbestimmt Gebiet kein Unterschied besteht. — Meiningen (ausreichende Lohnverhöhung; anderwerts Regelung der Lokalzuschläge; größere Berücksichtigung verbeiraterer Gehilfen bei Bemessung der Feuerungsanschläge). — Regalr Allenburg (einmalige Wirtschaftsbeihilfe unter Berücksichtigung der Kinderzahl; angemessene Erhöhung der Feuerungsanschläge ohne jede Staffelung; im übrigen für Resolution Drehterschaeffer).

### Uns Artikeln:

Unter der Überschrift „Wer leidet am meisten Not“ tritt Kollege Mz. aus Berlin dafür ein, daß in diesen anormalen Zeiten die Gewerkschaftsteilungen dazu gedrängt werden müßten, Lohnpolitik und Bevölkerungs politik zu verbinden; er kommt in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Feuerungsanschlägebewegung zu sprechen. Gewiß hat vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte betrachtet der Satz „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ volle Berechtigung, und man kann es verstehen, wenn ledige Kollegen dagegen weifern, das Verbeirafete einen Vorzug genießen sollen. Wogegen sich aber schon aus rein menschlichen Gründen kein Kollege wenden sollte, ist das, wenn Familienväter, die für vier, sechs und mehr Köpfe zu sorgen haben, etwas größere Berücksichtigung bei Bemessung der Lohnfrage verlangen, denn diese leiden am meisten Not. Müßen die Kollegen, die von dieser Last noch nichts merken oder merken wollen, die Augen aufmachen und in ihrer Drucker Umschau halten! Seit wir die Republik haben, sind den Beamten, Angestellten, städtischen Arbeitern usw. bereits dreimal größere Ent-

Schuldungssummen aufgelassen bis zu 1000 Mk. und für Kinder bis 200 Mk. pro Kind. Was dem einen recht, ist dem andern billig. Das es die Allgemeinheit ist, die diese Summen aufbringen muß, merken wir an dem 300-prozentigen Kommunalzuschlag. An unsere Kapitalkassen sei nach alledem die Bitte gerichtet: Berücksichtigt in erster Linie die in Not befindlichen Familienväter, damit das nahende Fest der Liebe nicht gar so traurig für uns verläuft!

Zu dem Artikel des Leipziger Kollegen -ff. in Nr. 132 „Lohnzulagen — Ernährungsbeihilfen“ gingen mehrere Artikel ein, deren Verfasser die Vorhänge durchweg abzelen. Kollege W. H. aus Leipzig bezeichnet das Verlangen von -ff. als eine indirekte Prämie auf das Mißhandlungsheim und meint im wesentlichen: Daß die Vot groß ist für Verheiratete, aber auch für Ledige, unterliegt gar keinem Zweifel. Aber warum alles auf Kosten der Ledigen? Der Ledige hat mehr Steuern zu zahlen, trägt einen großen Teil der Schulden mit, ist auch in der Steuerzulage knapper gehalten. Bemerkungen wie die, daß sich ein lediger Kollege eine Zigarre leisten könne usw., wirken direkt kleinlich und sind nur geeignet, Zwist in unsre Reihen zu tragen. Auch unsre alten Kollegen waren einmal jung und haben ihre Jugend vielleicht besser genießen können, als dies heute unter den bestehenden Mitten möglich ist. Auch die Ledigen haben vielerlei Verpflichtungen. Namentlich die jungen Kollegen lassen sich ihre Ausbildung manche Mark- und manche unbezahlte Stunde kosten. Man hüte sich, es so hinzustellen, als sei die Not der Ledigen weniger bedrückend, denn die Prinzipale könnten sich dies zum Schaden der Allgemeinheit zunutze machen. Auch die Lohnfestlegung muß auf demokratischer Grundlage erfolgen, wenn auch Altersklassen noch angegeben mögen. — Kollege Albert Süßner in Güterberg tritt in seiner Erwiderung für gleichen Lohn für gleiche Leistungen ein, um Verdrüsslichkeiten gegen den Staat nicht aufkommen zu lassen. Eine Staffelung darf höchstens nach Berufsarten eintreten. Unter Ledigen sind nicht nur Kollegen bis zu 21 Jahren zu verstehen, sondern es gibt immer genug, die bei Kriegsausbruch für ein niedriges Existenzminimum gearbeitet, dann fünf Jahre ihrer schönsten Lebenszeit dem Vaterlande geopfert haben, und nun hoffen, noch ein wenig von ihrem Leben genießen zu können. Da sollen sie auf einen Teil ihres Lohnes verzichten oder für die gleichen Leistungen noch niedriger bezahlt werden als die Verheirateten! Der Hausstand des Verheirateten wie die Verhältnisse des Ledigen mit allen Vor- oder Nachteilen sind nicht so einfach, um sie zahlenmäßig ausdrücken zu können. Denke jeder an die Zeit seiner Junggelehrtenzeit in der Fremde zurück und daran, was das Leben in diesem Falle schon unter früheren Verhältnissen gekostet hat, wie jede Handreichung von fremden Personen teuer bezahlt werden mußte. Immerhin konnte man damals noch, wenn es einem zu teuer war, wechseln; heute aber muß man froh sein, die verheirateten Arbeiter wie Wachsen, Säcken usw. überhaupt vertriehen zu bekommen. Außerdem besteht bei dem erzielten Ausgleiche des Steuerhokens auch die Junggelehrtensteuer noch in sicherer Aussicht. — Kollege Arnold Hümer in Swinemünde bemerkt zum gleichen Thema in der Hauptfrage: Auch für die Ledigen sind die Preise des gesamten Lebensunterhalts bedeutend gestiegen. Es zahlen z. B. die Kollegen hier für Mittag- und Abendbrot 56 Mk. wöchentlich; dazu Wohnungsmiete 18 Mk., für Brot, Aufschnitt und ähnliche rationierte Artikel etwa 14 Mk. Das macht zusammen 88 Mk. pro Woche. Es bleiben also noch ganze 10 Mk., wovon Kleidung und Schuhwerk, Verbandsbeitrag, Bildungsmaterial, das junge Kollegen meist nötiger brauchen als ältere, befristet werden sollen. — In ähnlichen Gedankengängen bewegen sich noch zwei weitere Artikel von den Kollegen W. R. in Weimaria und K. K. in Magdeburg. Beide weisen noch darauf hin, daß die meisten ledigen Kollegen sich auch einmal zu verheiraten gedenken, und daß dazu heute weit mehr Geld nötig ist als früher. Die Kosten einer einfachen Wohnungseinrichtung belaufen sich unter den jetzigen Verhältnissen auf Tausende von Mark.

Kollege K. G. in Bamberg rät, obwohl selbst Familienvater, in einem Artikel von der von -ff. vorgeschlagenen Kinderzulage ab. Eine solche würde unter den ledigen und kinderlosen Kollegen eine berechtigte Erbitterung hervorrufen. Eine ausgleichende Zulage, für alle Gehilfen gleich bemessen, ist das Erstrebenswerte. Die Kosten der Lebensweise sind fast überall und für alle die gleichen.

**Aus Zuschriften:**

Über die Löhne anderer Arbeiterkategorien wird uns aus Altenburg geschrieben, daß dort die Sularbeiter 120—150 Mk. Mindestlohn pro Woche erhalten; Bergarbeiter (etwa 10000) 120 Mk., Tischler 110—120 Mk., Bauarbeiter, Seilarbeiter, Schneider 100—105 Mk., Maler 103 Mk., Fabrikarbeiter, Tabakarbeiter, Alkohographen 100 Mk. — In Meiningen erhalten Schneider 105 Mk., Schuhmacher 96 Mk., Schlosser 92—96, Eisenbahnwerkstättenarbeiter 92—96 Mk. (außerdem erhielten die letzteren am 1. November eine Wirtschaftsbefehle, und zwar Verheiratete 600 Mk., für jedes Kind 200 Mk., Ledige 400 Mk.) — Beim Vergleiche des Stundenlohnes eines über 24 Jahre alten verheirateten Buchdruckers in Schwerin (2,17 Mk.) mit den Löhnen anderer dortiger Arbeiter ergibt sich folgendes Bild: Tischler 2,65 Mk. (— 48 Pf.), Tapezierer 2,55 Mk. (— 38 Pf.), Zimmerer 2,50 Mk. (— 33 Pf.), Maler 2,40 Mk. (— 23 Pf.), Schlosser 2,40 Mk. (— 23 Pf.), Schneider 2,30 Mk. (— 13 Pf.), Kleinführer 2,25 Mk. (— 8 Pf.). Die Stundenlöhne ungelerner Arbeiter auf Papierplätzen und in Expeditionen schwanken zwischen 2,05 und 2,40 Mk.

**Das Buchgewerbe im Auslande**

**Österreich.** In der Generalversammlung des Niederösterreichischen Vereins (Wien) wurde u. a. eine Erhöhung des Vereinsbeitrags um 1,20 Kr. beschlossen. Bis her betrug der Beitrag 4,70 Kr. Die Erhöhung findet ihre Rechtfertigung in der schlechten Vermögenslage des größten österreichischen Kronanstaltsvereins. Von einem Darlehen in Höhe von 100000 Kr., das dem Vereine letztendlich zum Bauarbeiterverbande gewährt wurde, sollen die letzten 50000 Kr. demnächst abgezahlt werden. Er bleibt jedoch noch immer ein anderer Schuldbeitrag von 500000 Kr. zu verzinsen, was pro Milliarde und Jahr 5 Kr. erfordert. Das Berichtsjahr schloß nur deshalb nicht mit einem Verlust ab, weil an Vermächtnissen 44 943 Kr. vorhanden waren. Ohne diese außerordentlichen Einnahmen wäre mit einem Gebühretrage von 27939 Kr. zu rechnen gewesen. Beim Punkte „Wahlen“ kam es zu einer Aussprache darüber, wie auf dem Gebiete der Organisationsform der neuen Zeit Rechnung getragen werden kann. Den Luxus einer dreifachen Verwaltung (Verband, Verein, Gehilfen-ausschuß) könnte man sich fürderhin nicht mehr leisten. Ein festerer Zusammenschluß mit den Hilfsarbeitern und den Arbeitern der andern graphischen Berufe müßte herbeizuführen versucht werden. Auch die noch spezialorganisierten Setzungslehren müßten mit dem Neuaufbau der Organisation. Von anderer Seite wurde erklärt, daß erst bei den Buchdruckern mit den Sonderorganisationen Schritt gemacht werden müsse, ehe man zur Schaffung einer graphischen Union schreiten könne. Die ganze Aussprache drehte sich mehr um die Notwendigkeit einer größeren Zentralisation in der eignen Berufsorganisation. Die Teilung in drei Sphären wurde als ungelund bezeichnet. Kollege Wieser, der nicht zu bewegen war, wiederum als Ausschubmitglied zu handhaben, warnte vor einer jetzt Mode gewordenen Liquidierung des Bestehenden. Die bisherige Umwandlung unserer Organisation sei nötig, doch bevor man eine Sache abschaffe, müsse man wissen, was an deren Stelle gesetzt werden sollte. Der Reichsverein möge ein schönes Ziel sein, aber bei der Stimmung, die bei den Provinzialkollegen herrsche, bezweifle er die Durchführbarkeit. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, ein zwölfköpfiges Komitee zu wählen, das unter Beteiligung der Organisationsvorstehenden und deren Stellvertreter über das Problem einer neuen Organisationsform berate soll. Das Ergebnis soll einer außerordentlichen Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Das in Österreich zur Wahrnehmung der Interessen der graphischen Industrie bestehende Graphische Kartell sah in seiner letzten Sitzung den Beschluß, infolge der Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe betreffend die Einschränkung des Umlanges der Zeitungen wegen des Papiermangels an die Staatskanzlei der Republik Österreich eine Eingabe zu richten. In dieser Eingabe wird gefordert, die getroffene Maßnahme zu mildern und Vorbehalten gegen die Schädigungen des Gewerbes zu treffen sowie eventuelle Verminderungen der Personale in den in Betracht kommenden Betrieben zu verhindern.

**Polen.** In den polnischen „Graphischen Nachrichten“ lesen wir, daß in Polen ein Kalkulationsbureau an den dortigen Prinzipalsverein angegliedert worden ist, um endlich der Schmutzkonzurrenz auf diesem Wege beizukommen. Es sind nicht nur die Posener Prinzipale Mitglieder des Vereins, sondern auch Prinzipale der ehemaligen preussischen Provinzen. In 15 Absätzen sind die Richtlinien angegeben, nach denen das Kalkulationsbureau zu arbeiten gedenkt. Im ersten Absatz wird gewünscht, daß sämtliche Arbeiten, die die Druckereien zur Kalkulation herkommen, an das Bureau geschickt werden mit Angabe der Auflage, des Papierpreises und der Schriftart. Für solche Kalkulation berechnet das Bureau 2 Proz. von der ganzen Summe, was die beste Arbeit kostet. Im Falle, daß die Druckerei den Auftrag nicht erhält, hat sie das Recht, den Betrag für die Kalkulation von dem Auftraggeber sich zurückzahlen zu lassen. Auch kann der Auftraggeber direkt in dem Kalkulationsbureau sich seine Arbeit berechnen lassen. In diesem Falle zählt der Auftraggeber 3 Proz. Entschädigung. Jedes Mitglied des Vereins muß als Garantie drei Wechsel an 100, 300 und 500 Mk. ausstellen, über die der Vorstand des Vereins quillert und sie aufbewahrt, damit im Fall eines unkollegialen Verhaltens, das das Kalkulationsbureau begründen muß, die Strafe aus dem Garantiefonds bezahlt werden kann. Sämtliche Kalkulationen werden von drei Mitgliedern, die drei Druckereien vertreten, überwacht. Auch sämtliche Abzinsungen können dort zur Kalkulation übergeben werden. — In letzter Zeit haben verschiedene Druckereien versucht, unter Vorzeichen sehr hohen Gehalts nicht nur die besten Setzer, sondern auch geschulte Hilfsarbeiter aus andern Betrieben an sich zu bringen. Kleinere Druckereien suchen auch große Arbeiter an sich zu bringen, wenn sie auch im Voraus wissen, daß sie die Arbeit nicht ausführen können. Sie geben dann die Arbeit an eine größere Druckerei und verlangen dafür 12 bis 15 Proz. Provision. Wenn sich in Zukunft die Fälle wiederholen sollten, so sollen diese Geschäfte öffentlich namhaft gemacht werden.

**□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □**

Nachahmenswerte Beispiele. Dem Personal der „Bremer Arbeiterzeitung“ (A.S.P.) wurde von der neuen Geschäftsleitung ein das tarifliche Minimum um 10 Mk.

übersteigender Lohn zugesichert, die Pausen werden in die achtstündige Arbeitszeit einbezogen und die Verleherungsbeiträge werden vom Gehalt bezahlt. — In der Erkenntnis, daß die Gehilfen mit dem tariflichen Lohn nicht auskommen können, bewilligte die Buchdruckerei W. H. W. in Bielefeld i. Westf. den Gehilfen eine wöchentliche Lohnzulage von 15 Mk. für Verheiratete, 10 Mk. für Unverheiratete und 5 Mk. für die im ersten Gehilfenjahr stehenden Kollegen. — In Drantenburg bewilligten die Buchdruckereibehrer ab 1. Oktober statt 6 Mk. eine Teuerungszulage von 12 Mk. wöchentlich.

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Mania (Großherzogtum Hessen) wurde Kollege Gustav Mayer (Ortsverein Kreuznach) in den Gemeinderat gewählt. — In Palschau bei Neisse wurde Kollege Schar Págo (d zum Stadtverordneten gewählt. — In die Bremische Nationalversammlung wurde Kollege Wilhelm Bolke gewählt.

**Zur Arbeitsvermittlung durch Infracat.** Laut Mitteilung der „Sozialen Praxis“ hat der Demobilisations-ausschuß in Bremen die Genehmigung von Stellenangebots- oder „geschulteralen in die Hand des Zentralarbeitsnachweises gelegt, der sie nur unter folgenden Bedingungen zuläßt: 1. wenn sie die Einstellung von Hausmädchen betreffen, drei Tage nach Aufgabe der betreffenden offenen Stelle beim Zentralarbeitsnachweis; 2. wenn die geschulterten Arbeitskräfte des betreffenden Berufs beim Arbeitsnachweis nicht gemeldet sind, sofort; 3. wenn für besondere Anforderungen stehende Posten, die beim Arbeitsnachweis gemeldeten Erwerbslosen sich nicht eignen, sobald dieser Nachweis erbracht ist; 4. wenn Arbeitslose sich nach auswärts bewerben wollen; 5. wenn auswärtige Unternehmer für ihren auswärtigen Betrieb Kräfte suchen, die am Ort selbst nicht gebraucht werden; 6. wenn es sich um Stellensuche auswärtiger Arbeiter für solche Posten handelt, die aus dem örtlichen Angebot von Arbeitslosen nicht zu besetzen sind.

**Anleihe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ in Hamburg.** Zur Erweiterung der technischen Anlagen zum Ausbau seiner Eigenproduktion schreibt der genossenschaftliche Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg eine 4/10-prozentige Anleihe aus, an der sich hauptsächlich Arbeiter und Arbeiterorganisationen beteiligen sollten. Es handelt sich um ein konjunktionsgeschädigtes Unternehmen ersten Ranges, das sich die Hamburger Arbeiterkammer im Jahre 1899 geschaffen hat zum Zweck eigener Produktion, Verarbeitung und gemeinschaftlichen Einkaufs von Lebens- und Genussmitteln, Bekleidungsgegenständen und Artikeln für Hauswirtschaft und Gewerbe und Abgabe an die Mitglieder des Vereins oder Vertreter gegen Barzahlung usw. Der Verein hat sich in ausgezeichneter Weise entwickelt und war besonders während der schweren Kriegszeit ein Hort und Segen für die Hamburger Arbeiterkammer. Seine Vermögenslage ist eine außerordentlich günstige. Der Milligelderstand betrug im Jahre 1918 106 955. An eignen Grundstücken besitzt die „Produktion“ 49 Grundstücke, davon 13 Grundstücke mit Betriebsanlagen und 90 Gebäude mit Wohnungen. Es werden Teilschuldverträge zu 100 bis 1000 Mk. auf 25 Jahre ausgegeben, die mit 4/10 Proz. verzinst und vom Jahre 1925 an zur Rückzahlung ausgelöst werden. Alle Anhänger der genossenschaftlichen Bewegung erhalten die nötigen weiteren Unterlagen sofort von der Geschäftsleitung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ in Hamburg.

**Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst für Ein- und Auswanderer.** Die Verbände, Korporationen, Gesellschaften und ähnliche Gebilde, die alle dem Auswanderer und ganz besonders dem zur Auswanderung entschlossenen Arbeiter helfen wollen, schließen in Deutschland zur Zeit wie nie zuvor an die Erde. Es herrscht — leider! — auf diesem Gebiete Hochkonjunktur, und für sehr viele dieser Verbände ist das Ganze auch nur eine Sache der Konjunktur, bei der sie für sich Geschäfte machen wollen — und leider auch sehr oft machen. Der Arbeiter ist der Betrogene, er hat diesen Leuten sein Geld gegeben, mit dem sie im Lande bleiben und sich „reblich“ nähren... Es muß deshalb den Arbeitern und sonstigen nicht mit Glücksgütern begünstigten Volksgenossen, die auswandern wollen, nur immer wieder dringend nahegelegt werden, sich bei den Zweigstellen des Reichsauswanderungsamtes oder bei diesem selbst (Berlin W 8, Wilhelmstr. 71) zu erkundigen, wie es um die Auswanderungsmöglichkeiten im allgemeinen und ihrem Stande im besondern ausseht. Sie können gewiß sein, daß sie hier auf alle Fälle die gewissenhafteste Auskunft (hoffenlos) erhalten. Das Reichsauswanderungsamt arbeitet mit den Berufsverbänden Hand in Hand, es besteht also keinerlei Gefahr, daß die Auskunft, die erteilt werden, einen sonstigen rein „amtlichen“ Charakter tragen. Eventuell vermitteln auch die Gewerkschaften und Berufsverbände die Auskunft, es ist also am besten, sich gleich an die erste Quelle zu wenden. Deutsche Auswanderer nach überseeischen Ländern sehen sich noch immer der Gefahr aus, durch die englische Schiffskontrolle festgenommen zu werden, solange der Friedensvertrag nicht ratifiziert ist. Es sind tatsächlich Vorhommnisse dieser Art zu vermeiden. Vor der Ausreise nach Mexiko haben wir schon verschiedentlich gewarnt. Außer den schon angeführten Gründen kommt noch in Betracht, daß die innerpolitischen Verhältnisse des Landes noch in keiner Weise gelöst sind. Vielleicht tritt darin im kommenden Frühjahr eine Änderung ein. Es besteht aber auch schon ein starkes Überangebot an deutschen Arbeitskräften aller Art. Die Arbeitslosen sind meist Willkürliche aus Nordamerika, die sich bei Kriegsausbruch von dort entfernt haben, um der Internierung zu entgehen. Die zahlreichen deutschen Arbeitslosen sind ohne jede Unterstützung. Das Leben ist sehr teuer.

Ein Opfer der Schieberitis. Der Angehörige des Internats von den 150000 Infanteriestreifen, 100000 Schnürschuhen usw., das in dem Artikel „Not über Not“ in Nr. 135 erwähnt wurde, ist wie uns inzwischen mitgeteilt wurde, eine Perle der Menschheit, die schon seit mehreren Jahren Spuren geistiger Erkrankung hatte, offensichtlich in Wahnwahn verfallen und in diesem Zustand von dem brennenden Ehrgeiz ergriffen worden, es den Schiebern großen Sitts gleichzutun und in Millionengehältern zu schmelzen. Seine Angehörigen vermochten ihn nicht von größerer Geldgier zu retten, die er zur Erreichung seines Zieles nach Frankfurt, Leipzig und Berlin unternahm, zurückzubringen. Auch die Leipziger Messe besuchte der Kranke und will dort mit einem Leipziger Geschäftsmann zusammengekommen sein, der ihm die Gegenstände zum Weiterverkauf angeboten habe. In der Tat aber war das Massenangebot nur der Phantasie des Kranken entsprungen. Nach unangenehmen Folgen aber hätte das Angebot in der „Frankfurter Zeitung“ für die Ehefrau des Kranken, die sich nach dem Erscheinen des Internats vor den Oeffentlichkeiten geschäftstüchtiger Schieber kaum nicht zu retten vermochte. Gleichgültig wurde sie von einer Fülle von Drohbriefen und Briefen beleidigenden Inhalts aus den Streifen der Arbeiterschaft heimgeschickt. In das die hartbedrängte Familie aus der Arube nicht mehr herauskam. Wegen des ehrgeizigen „Wohhaufmanns“ ist nunmehr das Entmündigungsverfahren beantragt worden.

Das Haus der Arbeit. Die Arbeiterorganisationen in London, und zwar die politischen wie die wirtschaftlichen und unter den letzteren auch die Konsumgenossenschaften, haben sich auf das Projekt zu einer gemeinsamen Erklärung eines „Hauses der Arbeit“ geeinigt. Der Bau, als „Denkmal der Freiheit und des Friedens“, bezeichnet, soll im Westen der Stadt, also in dem aristokratischen Viertel, errichtet werden. Die Bestimmung des Projekts wollen einen wirklichen Monumentalbau schaffen. Die sehr hohen Kosten werden zum größten Teil von den Genossenschaften aufgebracht werden. Die englische Großhandelsfirma soll schon die Summe von 5,7 Mill. Mk. gezahlt haben, und die gleiche Summe wollen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufbringen. Das Projekt, über das wir bereits gelegentlich Mitteilungen machten, steht in dem zu errichtenden Gebäude neben Läden und genossenschaftlichen Verkaufsstellen u. a. neben große Versammlungssäle vor, von denen der eine 2500 Personen fassen soll. Ferner sind in dem Gebäude vorgesehen: ein Hotel, ein Klub, ein Café, Bureaus für Gewerkschaften und Genossenschaften und eine genossenschaftliche Hochschule, deren Schaffung auf dem letzten englischen Konsumgenossenschaftskongress beschlossen wurde.

**Verchiedene Eingänge**  
„Die Leipziger Messe“, 3. Jahrgang, Nr. 16. Amtliche Zeitung des Magistrats für die Hauptmessen in Leipzig. Jährlicher Bezugspreis 6 Mk. für das Inland, 9 Mk. für das Ausland.

**Briefkasten**  
C. A. in G.: Ihr Artikel kam seiner Pointe wegen sehr keine Aufnahme finden. Er ist erst für die Karfreitagssession verwerfbar, da die Beschleunigung im Mai den amtlichen Schiedspruch anerkannt hat (siehe Nr. 57), worin der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit unter Verweisung auf die Tarifrevision abgelehnt wurde. Die angeführten Fragen werden ja auch Ihren Eparthenkongress im Frühjahr beschäftigen. Wir möchten Ihnen aber bringen raten, bei Weiterberathungen im nächsten Jahre sich mehr zu argumen- tieren. Man's hat nicht gelehrt, daß es noch viele, die die Forderung unserer Handwerker auf der Straße legen, so sollten Sie doch wissen, daß nach dem am 15. November veröffentlichten Bericht unserer Jugendverwaltung über die Arbeitslosigkeit im September 1908 1354 Kollegen inaktiv arbeitslos waren. Da Ende September 1354 Kollegen inaktiv arbeitslos waren, so sind bei 68000 Mitglie- dern (es sind aber mehr) 2,05 Proz. Arbeitslose oder Berufslose ausgemacht, so haben auch die Handwerkerarbeiten weniger verringert. Es ist einmal für die Druckerkollegen ein schlechtes Zeichen. Die Arbeitslosigkeit kann allerdings im Winter sehr ansteigen, das ist bei uns auch in außerordentlichen Umständen (Kriegsnot), und dann muß gelebt werden, wie da zu teilen ist. Tatsächlich sind wir durch die Straße Organisation unserer Tarifgemeinschaft mit den Wiederer- stellungen der Arbeiter und Arbeiterangelegenheiten besser gefahren als Arbeiter der meisten anderen Gewerbe und Industrien, was infolgegehend die Arbeitslosigkeit längere Zeit nicht merklich zurückgehen wollte. Der Grundgedanke Ihres Artikels wäre trotz dieser Beanstandungen aber zumutbar. — G. F. in Z.: Einige Erweiterungen vorgeschlagen; das andre war schon vorbereitet, doch persönlich erfolgte Kolonnen- löse. — S. B. in H.: Danken für Gefandtes; vom Kolonnenlöse findet Neudruck statt, werden solchen. — O. D. in Z.: Haben sehr eine ganze Anzahl Berliner Kollegen / sprechen können, die entgegen- gesetzte Auffassung über den betreffenden Artikel haben. Der Ber- richt steht Ihnen zudem in seiner sonstigen Fassung nahe, auch beim vollsten Z. — S. B. in H.: Es sollte doch bekannt sein, daß der Verband keine Unterstützung gewährt in den von Ihnen gedachten Fällen, sondern eher gar kritischem Vorbehalt, mit dem ja auch der Boden des Tarifs verlassen wird; wir haben ebensoviele darüber geschrieben wie davor gewarnt. — G. D. in S.: Daß der Spitze Winkler in Siedingen, ist für seine einfache Anweisung zur Anbringung einer Pappdichtung zur Verhinderung des Stauraupingens von Ma- stikern am Sammel jeweils 5 Mk. zahlen läßt, zeigt von allerhand „Geschäftslichkeit“, aber sehr wenig „Kollektialität“. Verträge „Gungen“ bilden nämlich, wenn auch in etwas anderer Form, bei den Maschinenherstellern schon seit Jahrzehnten gute Mittel zur Ver- sicherung des Kunden im Ganzen über die Maschine, besonders bei Antriebsparaten und Zersetzungsanlagen. Es ist aber noch keinem „Gründer“, sondern „Gungen“ eingeleitet, seine eigenen Berufskollegen dabei zu „überprüfen“, „Wängel“ der weiteren „Geschäftslichkeit“, in anderem Sinne behält sich „wir uns“ vor, zu geeigneter Zeit darauf zurückzukommen. — Fr. P. in H.: Eingebende Begrün- dung der „Grünen“, die in der Sache des Schiedsrichters als Ma- terial zu. — A. S. in Frankfurt a. M.: Für gezielte Kritik dankt Ihnen der betreffende Verfasser. Der unangenehme Bericht fällt sehr. — G. D. in S.: Wir können lediglich über den post- hum Resultat berichten, über das wir nähere Mitteilung erhitzen. — C. S. in Effen: Wie vorstehend. — Fr. W. in H.: Wir haben Ihr Schreiben der zuständigen Zentralkommission überandt; Sie werden von dort Auskunft erhalten.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamioplatz 5 II.  
Fernsprecher: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Bayern. Geldsendungen für den Gau Bayern sind auf Postcheckkonto Nr. 19605 an die Adresse des Kassiers Heinrich Friederichs in München einzuzahlen. Zahlkarten mit aufgedruckter Adresse gehen den Funk- tionären nach zu.

**Adressveränderungen**  
Oberhausen (Rhb.). Vorländer: Karl an Saach, Grenz- straße 121.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Nordwest 1. der Geher August Nische, geb. in Domsdorf (O. Schl.) 1887, ausget. in Falkenberg 1905; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Erik Hamann, geb. in Nord 1891, ausget. bei 1910; war schon Mitglied. — J. Otscha in Bremen, Hardenbergstraße 52.  
Im Gau an der Saale der Drucker Franz Sinn, geb. in Schmöderda 1870, ausget. in Erfurt 1888; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.  
Im Gau Mittelrhein der Geher Karl Hoch, geb. in Reulingen 1897, ausget. bei 1915; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Neustiftstraße 54.

**Berammungskalender**  
Dresden. Bezirksversammlung Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saale des „Gewerkschafts- hauses“.  
Mittler 1. B. Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Mackenbrock, Aglilstraße.  
Pöppel. Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal; Schleyer Straße.

**Aus dem Inhalte dieser Nummer:**  
Kritik: Reichsrat für die im Schriftführergewerbe Beschäftigten. — Kleine Spartenfälle — Einzelhefte Kopypolitik — Abberent- lung für die Rotationsdrucker. — Zur Kartausgabehaltung.  
Das Zwerggewerbe im Ausland: Österreich. — Polen.  
Wirkungskraft: Die Valuta und das Lohnproblem.  
Korrespondenzen: Berlin (Sch.). — Burg b. M. — Glauchau. — Halle. — Heide. — Leipzig. — Leipzig (Sch.). — Leipzig (Sch.). — München (S.).  
Anzeigen: Nachdruckswerte Beispiele. — Buchdrucker in öffent- lichen Diensten. — Zur Arbeitsvermittlung durch Internate. — An- leitung des Konsum- Baus und Gewerkschafts-Produktion in Hamburg. — Gewerkschaftlicher Nachrichtenbrief für eine und Auswanderer. — Ein Opfer der Schieberitis. — Das Haus der Arbeit.  
(Stern eine Beilage.)

# Sehmaschinenbeheizung

mittels Heizen-Entwicklungs-Automat mit neuften regulierbaren Brennern für alle Typen von Seh- maschinen sowie für die Stereotypie richtet ein unter garantierter laubelloser Funktion [955]  
J. Bullgareith, Eisenach, Telephon 590.

**Motivschaff „Synograph“** Serie 3. neuere Ausgabe. Innerhalb- bersetzung von zeitgemäßen Druckmaschinen. La. Ref. 4,50 Mk. bei Vorein- nachn. 4,80 Mk. G. Wienands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Kofental 42.  
Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorkurs des Systems Scheilhauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheilhauer...“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt (S. „Neuwacht“ 219): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Tausende von Zurschreitern in unserm System, zum großen Teil von Oehldenden, lehrerlich sind wenige darunter.“ — Vom System Scheilhauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es „... doch nicht nur als Durchschnit, sondern auch als Höchstleistungen mindestens das gleiche leistet wie das System Cabelberger.“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Steno- grafie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheilhauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheilhauer 2 Mk. Die Stenografie Scheilhauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder geschriebene Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemein- schrift, wie auf der Schreibmaschine: mit 2 oder 3 Ausfertigungen.  
Karl Scheilhauers Verlag, Postcheck 52072, Leipzig-Lindenau.

**Züchtler**  
**Alkzidenzfeher**  
mit der Richtung im modernen Alkzidenz- feher vertraut, an lauberes, selbständiges Arbeiten gewöhnt, will sich aus familiären Gründen nach Hannover oder näherer Umgebung baldigst verändern.  
Gefl. Angebote unter Nr. 962 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbelen.  
Züchtler, perfekter:  
**Linothypeseher**  
mehrjährige Praxis, guter Maschinen- kenneer, sucht gutbezahlte Stelle in Ber- lin und Umgebung, möglichst sofort. An- gebote an die „Linothypeseher“ der Sträger, Berlin SW 47, Yorckstraße 71 part, 1908

**Graphische Bereinigung Dresden**  
Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, im Restau- rant „Rosa Schrey“, Kaul- bachstraße 23. [961]  
**Versammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

**lernt Sprachen!**  
Englisch 1,65, Französisch 1,65, Russisch 1,10, Griechisch 2,75, Latein 2,75, Griechisch 2,15, Griechisch 2,50, Portugiesisch 2,50, Dänisch, oder Nachn. Bucherband „Alph“, Friedrichs- leib bei Westel. [959]

**Synographeseher**  
neuestes Modell, Serien mit nur mehr- jähriger Praxis, denen es an bauerlicher Leistung, gelassen ist, wollen sich unter Leitung von Zeitschriften und Lohnaufträgen melden.  
„Stenografen Zeitung“, Dresden.  
Züchtler  
**Maschinenmeister**  
für Platten- und Alkzidenzdruck, wenn möglich mit Universal- oder Köhler- Besondere Vorzug, wird sofort ge- sucht. Angebote mit Lohnforderung und Referenzen.  
G. Hoffmann, O. m. b. H., Steffeln.  
Erster  
**Maschinenmeister**  
für mittlere Buchdruckerei, längere mehrjährige Praxis, für seinen Alkzidenz- Bau als „und Plattendruck, selbst in der Lage, mit Universalanleger ver- einigt, selbstständig, zum 1. Januar nach Süddeutschland. Angebote mit Zeug- nissen und beglaubigten Referenzen unter Nr. 966 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Schriftgießerehrerling**  
G. Albers, Leipzig, Brüderstraße 57.  
Züchtler  
**Schriftseher**  
Sucht per sofort Stellung; egal wohnl.  
Gefl. Offerten unter Nr. 950 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbelen.  
Züchtler  
**Schriftseher**  
25-Jahre alt, in allen Gattungen bewan- dert, welcher auch am Siegel und an der Schnellpresse ausgebildet ist und mit gleich- zeitiger Bekanntschaft, sucht sofort Stellung. Gefl. Angebote mit Lohnnach- nach an E. Czepel, Plauen, Dignet- straße 4, erbelen.  
Zwanzigjähriger, gewissenhafter  
**Maschinenmeister**  
für Flachdruck und Rotation sucht sofort Stellung, gleich wohnl. [1949]  
Gefl. Angebote an  
R. Waghaf, Leipzig, Kofental 9.

**Linothypeseher**  
langjährige Praxis, alle Modelle beherr- schend, in allen denkbaren Ertigungen selbst, beiseitig und gute Leistungen garantiert, sucht Stellung. Antritt kann eventuell sofort erfolgen. Gefl. Angeb. u. L. K. 958 an die Geschäftsstelle.  
Die „Blüherpost“  
unterrichtet wöchentlich über alle Neu- erfindungen des deutschen Buchhandels. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Bezug kann mit jeder Nummer beginnen.  
Graph. Verlag J. Siegl, München 8.  
**Maschinenband**  
Friedensqualität, liefern [733]  
Wagner & Hoff,  
Hasselberg, Graf-Adolf-Straße 112.  
**Zurichmesser und Scheren**  
Nadeln und Pinzetten sowie alle Werk- zeuge für Seher und Drucker empfiehlt  
J. Siegl, München 8, Nollmühlstraße 1.  
Katalog 25 Pf.

**Wie soll ich zurichten?**  
Ein Leitfaden, Zuhilfenahme der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Tegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunst- druck, geb. postfr. 2,30 Mk.; ferner  
Der Buchdrucker am U-B-Z  
Ein Ratgeber z. Einleitung des Univer- sal-Bogenzylinder auf alle Papierarten; 93 S., 21 Abb., 55 Abb., geb. 1,70 Mk. post- frei geg. Voreinl. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Schützler, Ludwigstraße 20.  
Seben erschienen:  
**Mebers Handlexikon**  
für jeden anwendbar, da alle Fragen beantwortet. 7. Auflage. 1600 Ergl- abbildungen, 45 Karten, 30 Bilderlefen, 75000 Stichwörter, 700 Seiten Text.  
In Leinen geb. 44 Mk.  
**Georg Mebers Weltgeschichte**  
I. Bd.: Altertum und Mittelalter.  
II. Bd.: Neuzeit und Neuzeit Zeit.  
Jmit. Halbfrz. geb. 55 Mk.  
10 Prop. Monatsraten gestattet.  
Dito. & Co., Berlin-Nikolaistraße.

**Teilzahlung**  
Haven, Photokarte, Musik- instrumente, Schmuckwaren, Bücher.  
Kataloge konstant u. portofrei liefern  
**Jonassa & Co., Berlin A. 407**  
Belle-Alliance-Strasse 7-10.  
Neue Kofkammern für Rotations- drucker zu haben bei G. Beeb, Ham- burg 27, Großmannplatz 2, [954]  
Empfehle den Kollegen meine  
**Kasjer-Apparate**  
mit 1 Kasjer 4 Mk., m. 3 Kasjer 7 Mk., mit 5 Kasjer, 10 und mit 10 Kasjer, 15 Mk. Die Qualität und Ausfertigung liegt mit den Preisen. Bei Voreinlegung des Betrags erfolgt portofreie Zufendung.  
Karl Wagner, Konstantz 1. B. 183.

**Seherblusen**  
100 120 110 100 cml.  
Reinen- drell 51 50 49 48 Mk.  
Zell- bahnhoff 43 42 41 40 „  
Faltenstoff 33 32 31 30 „  
do. I 27 26 25 24 „  
Zellstoff I 16 15 14 13 „  
**Maschinenmeister- anzige** [712]  
empfeht  
Arno Chold, Bera (R.).  
Fabrik für Berufskleidung.  
Seben erschienen 40 Seiten Hart  
**Die Schwarzkunst**  
Preis 2 Mark. Prospekt frei. Zu beziehen von Verleger Buchverlag Braunshweig, Schanzhofstraße 10. Postcheckkonto Hannover 23426.

**Die Verbandsausstellung**  
vom 1. bis 15. Dezember 1908  
in der Halle der Gewerkschaften  
in Leipzig  
Das Verbandsmonument  
geboren 3. 5. 1862 zu Götting, wo er nach dem Aben, bis spätestens 1. 3. 1920 beim Erbschaftsamt in Hannover persönl. erscheinen. Tante S. im März gestorben.  
**Alphabetshefte**  
Nadeln, Pinzetten  
Zufche, Federn  
Schriftvorlagen  
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch., Leipzig, Salomonstr. 8, Postfach 53430.